

Antrag

der Abgeordneten Dr. Sascha Raabe, Klaus Barthel, Lothar Binding (Heidelberg), Dr. h.c. Gernot Eler, Iris Gleicke, Dr. Barbara Hendricks, Dr. Bärbel Kofler, Ute Kumpf, Burkhard Lischka, Thomas Oppermann, Karin Roth (Esslingen), Frank Schwabe, Wolfgang Tiefensee, Manfred Zöllmer, Dr. Frank-Walter Steinmeier und der Fraktion der SPD

Zukunft für Haiti – Nachhaltigen Wiederaufbau unterstützen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Erdbebenkatastrophe vom 12. Januar 2010 hat mit Haiti eines der ohnehin ärmsten Länder der Welt getroffen. Schon vor dem Erdbeben lebten rund 70 Prozent der Bevölkerung von weniger als 2 US-Dollar pro Tag. Die Zustände in Haiti waren fragil, die staatlichen Stellen waren weder in der Lage für ausreichende Sicherheit und Ordnung, noch für eine ausreichende öffentliche Daseinsvorsorge zu garantieren. Eine normale staatliche Entwicklungszusammenarbeit war deshalb in den letzten Jahren nicht möglich. Die Lebensmittelproduktion vor Ort war durch die Konkurrenz ausländischer Dumping-Importe so gut wie zusammengebrochen. Nun leidet Haiti zusätzlich unter den dramatischen Folgen des Erdbebens: weit über 200 000 Menschen verloren ihr Leben, rund eine Million Menschen wurde obdachlos und etwa drei Millionen Menschen hilfebedürftig.

Die Hilfsbereitschaft der Menschen weltweit war enorm, viele haben privat gespendet oder sich aktiv engagiert. Auch die Nothilfe der internationalen Staatengemeinschaft ist unverzüglich angelaufen. Staatliche wie auch nicht-staatliche Hilfsorganisationen waren schnell vor Ort, haben mit großem Engagement und – wegen drohender Nachbeben – oft auch unter Einsatz ihres eigenen Lebens die Bevölkerung mit Nahrungsmitteln und Medikamenten versorgt, haben Verletzte behandelt und Tote geborgen. Deutschland hat sich mit Mitteln in Höhe von 17 Mio. Euro an den Nothilfemaßnahmen beteiligt. Hinzu kommt der deutsche Anteil an der Soforthilfe, die seitens der EU geleistet wird. Jetzt muss dafür gesorgt werden, dass die privaten und öffentlichen Mittel sinnvoll, transparent kontrollierbar und nachhaltig eingesetzt werden können. Dafür bedarf es eines geeigneten politischen Rahmens.

Die bisherigen Anstrengungen galten der ersten Notversorgung. Jetzt aber muss der Übergang zu einer nachhaltigen Wiederaufbauhilfe geschafft werden, wenn Haiti langfristig eine Perspektive haben soll. Damit das gelingen kann, braucht Haiti ein von der internationalen Staatengemeinschaft gestütztes, langfristig angelegtes Gesamtkonzept, das die unterschiedlichen Wiederaufbaumaßnahmen koordiniert und bündelt und die benötigten Mittel verwaltet. Nach Schätzungen der Vereinten Nationen sind bereits in diesem Jahr Investitionen in Höhe von 1,4 Mrd. US-Dollar notwendig. Längerfristig wird die notwendige Wiederauf-

baulilfe auf bis zu 15 Mrd. US-Dollar geschätzt. Ende März 2010 soll auf einer Konferenz in New York über die Aufbauhilfe verhandelt werden. Eine Geberkonferenz soll im Juni 2010 folgen. Die Weltgemeinschaft hat ihre Verantwortung also angenommen. Auch die EU und die Bundesrepublik Deutschland müssen sich konstruktiv in diesen Prozess einbringen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- den EU-Lateinamerika-Gipfel zu nutzen, um zu einem regionalen Aufbaukonzept zu gelangen, das die Staaten und Organisationen unterstützt, die sich aus dem LAK-Raum für die Hilfe und den Wiederaufbau engagieren;
- sich auf der Konferenz Ende März in New York und darüber hinaus für einen langfristigen Aufbauplan einzusetzen und sich mit ausreichenden Mitteln an einem langjährigen Engagement der internationalen Staatengemeinschaft für einen nachhaltigen Wiederaufbau in Haiti zu beteiligen;
- in enger Abstimmung mit den internationalen Partnern die multilateralen Organisationen bei ihren Anstrengungen für Haiti zu unterstützen;
- die ländliche Entwicklung in Haiti zu fördern und so die Eigenversorgung der haitianischen Bevölkerung durch heimische Agrarproduktion zu verbessern;
- die Entwicklung und den Aufbau einer gewerblich-industriellen und touristischen Wertschöpfung zu unterstützen;
- die Zivilgesellschaft und Demokratisierungsprozesse in Haiti zu stärken sowie den Aufbau rechtsstaatlicher Strukturen nachhaltig zu fördern;
- den Aufbau von Bildungs-, Gesundheits- und sozialen Sicherungssystemen in Haiti zu unterstützen;
- am Wiederaufbau der Infrastruktur mitzuarbeiten und auf einen möglichst erdbebensicheren Wiederaufbau der Wohnbebauung hinzuwirken;
- bei deutschen Unternehmen für Investitionen in Haiti zu werben;
- eine Ausweitung des Programms „cash for work“ zu prüfen, damit vor Ort Arbeitsplätze geschaffen und erhalten werden können;
- eine Überprüfung und gegebenenfalls Anpassung des laufenden Mandats MINUSTAH der Vereinten Nationen in Haiti anzuregen;
- eine ordnungsgemäße Durchführung der auf Ende des Jahres verschobenen Wahlen zu unterstützen.

Berlin, den 2. März 2010

Dr. Frank-Walter Steinmeier und Fraktion